

Es wird notwendig sein, in der Arbeitsweise auch in diesem Betrieb sofort eine Änderung herbeizuführen. In einem künftigen Beitrag werden wir auf solche Beispiele wiederum zurückkommen. Nur wenn wir alle Anstrengungen machen, werden wir unser Ziel, beste Kreisleitung im Bezirk zu werden, erreichen.

Quelle: „Lausitzer Rundschau“, Organ der Bezirksleitung der SED Cottbus, vom 18. 3. 1958.

DOKUMENT 41

Berlin, den 5. März 1958

Es erscheint Herr N. N., jetzt wohnhaft in West Berlin, und erklärt:

Ich war seit 1953 bis zu meiner Flucht Angestellter des Vertriebsapparates der in Dresden erscheinenden LPD-Zeitung „Sächsisches Tageblatt“. Aus dieser Zeit rühren meine Kenntnisse über systematische Benachteiligungen der bürgerlichen Zeitungen gegenüber den SED-Zeitungen hinsichtlich des Vertriebs und der Neuwerbung von Abonnenten. In meinem Bereich konnte ich dabei folgende Erfahrungen machen:

Bekanntlich mußten auf Beschluß des Ministerrates ab 1. 1. 1956 alle Zeitungs- und Zeitschriftenverlage den vorher von ihnen selbst ausgeübten Vertrieb ihrer Verlagszeugnisse einstellen und der „Deutschen Post“ übertragen. Für das „Sächsische Tageblatt“ und, wie ich weiß, auch für andere bürgerliche Zeitungen führte diese Maßnahme sofort zu Unzuträglichkeiten und Einbußen. Während nämlich die SED-Zeitungen und -Zeitschriften von hauptamtlichen Trägern der „Deutschen Post“ ausgetragen wurden, erfolgte die Beförderung unserer Zeitungen durch stundenweise beschäftigte Träger der Post. Dies führte zu starken Unregelmäßigkeiten in der Belieferung und damit zu Abbestellungen.

Andere Unzuträglichkeiten, bei denen der starke Verdacht bestand, daß sie von den meist der SED angehörenden Mitarbeitern des Postvertriebs absichtlich verursacht wurden, bestanden darin, daß die Stammkarten, die nach der Neuwerbung von Abonnenten der Post überwiesen werden mußten, auffällig häufig „verloren gingen“ oder erst längere Zeit später wieder aufgefunden wurden. Die Folge war natürlich, daß viele dieser neugeworbenen Abonnenten wieder „absprangen“.

Von einem regelrechten Vorgehen gegen unsere Verlagsarbeit zeugten indessen Beobachtungen, die wir nach der Neuwerbung von Abonnenten machten. Wir konstatierten häufig, daß neugeworbene Abonnenten die Annahme des von ihnen bestellten Abonnements verweigerten. Bei Nachprüfungen ergab sich, daß SED-Mitglieder im Postapparat solche von uns neugeworbenen Abonnenten — sofern es sich dabei um ehemalige Leser von SED-Zeitungen handelte — aufsuchten und sie zur Zurücknahme ihrer Bestellung überredeten. Dieses Vorgehen war systematisch. Es bedeutete einen Vertrauensbruch der Post unserem Verlag gegenüber. Im übrigen waren wir gegen dertartige Vorgänge machtlos.

Ich versichere, daß meine vorstehenden Aussagen in allen Punkten der Wahrheit entsprechen und bin bereit, diese erforderlichenfalls vor einem Gericht zu beideneidigen.

v. g. u.

gez. Unterschrift

gez. Unterschrift

Die gesamte Berichterstattung in der Sowjetzone, und zwar für Presse und Rundfunk, wird jeweils auf bestimmte politische Gesichtspunkte abgestellt. Eine unabhängige Berichterstattung ist daneben nicht möglich. Bieten die Tatsachen und Unterlagen nicht die Gewähr dafür, die gewünschte politische Beeinflussung zu erreichen, so werden sie entsprechend abgeändert. Für den Rundfunk werden sogar Originalaufnahmen, deren politische Wirkung zweifelhaft erscheint, umgestellt oder nachgemacht und in veränderter Form als „Originalaufnahmen“ ausgestrahlt, wie sich aus später folgenden Dokumenten ergibt. Es kommt also nicht darauf an, den Leser oder Hörer objektiv zu unterrichten, sondern er soll ausschließlich in der vorgeschriebenen Weise politisch beeinflußt werden. Alle Veröffentlichungen und Äußerungen, die den beabsichtigten Eindruck abschwächen könnten, werden untersagt. Das geht so weit, daß sogar Rundfunksprecher und Conferenciers abgelöst werden müssen, wenn ihre Bemerkungen oder Pointen nicht geeignet sind, die beabsichtigte Beeinflussung der Bevölkerung zu unterstützen.

DOKUMENT 42

Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
1. Stellvertreter des Vorsitzenden
des Ministerrates
Sekretariat Ulbricht

Berlin C 2, den 16. 7. 1957
Klosterstraße 47
Tel. 2207 3653
Aktenz. G/Wst 78087/Bö.

Herrn
N. N.
Magdeburg

Unter Bezugnahme auf Ihr an das ZK der SED, Büro Ulbricht, gerichtetes Schreiben vom 18. 6. 1957 teilten wir Ihnen bereits telegraphisch am 8. 7. mit, daß die ganze Angelegenheit bearbeitet wird.

Um Klarheit über die Gründe, die die Deutsche Konzert- und Gastspielformation veranlaßte, eine Sperre gegen Sie zu verhängen, zu bekommen, haben wir den Hauptdirektor aufgefordert, uns zu berichten. Der mit Datum vom 11. 7. vorgelegte Bericht enthält eine Reihe Feststellungen, aus denen ersichtlich ist, daß Sie im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit als Conferencier sehr häufig in absolut negativer Weise auftraten. Die politischen Pointen Ihres Programms und Ihrer Parodien sind danach oft hart an der Grenze des überhaupt Erträglichen angelangt und sind von vielen Stellen als untragbar empfunden worden.

Obwohl Ihnen mehrmals Hinweise gegeben worden sind, die Formen Ihrer Ansage zu ändern, die negierende Linie aufzugeben und Ihre Aussage positiv zu gestalten, ist Ihrerseits keine Änderung im Inhalt des Programms vorgenommen worden. Uns liegen jetzt einige solcher Auszüge Ihrer Conference vor. Wir müssen feststellen, daß sie in der Tat über das Maß einer positiven Kritik hinausgehen und ins Feindselige gegenüber der Republik umschlagen. Unter diesen Bedingungen müssen wir der Maßnahme der Zentrale der Deutschen Kunst- und Gastspielformation beipflichten. Sowohl Gewerkschaftsleitungen und -organisationen als auch Parteigruppen und Besucher haben wiederholt von der Deutschen Konzert- und Gastspielformation gefordert, solche negativen Darbietungen zu unterbinden. Auch wir sind der Auffassung, daß unser öffentliches Vortragswesen und unsere Kulturprogramme so gehalten sein müssen, daß